

Staatskanzlei des Landes Nordrhein–Westfalen  
Herrn Ministerpräsidenten Hendrik Wüst  
Vorsitzender der MPK  
Horionplatz 1  
40190 Düsseldorf

Ansprechpartner  
Dr. Matthias Stoffregen  
Fon +49 (0)30 53149147-5  
matthias.stoffregen@mofair.de

Berlin, 12. September 2022

## **Zukunft des öffentlichen Verkehrs in Deutschland: Zunächst das bestehende Angebot sichern**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
lieber Herr Wüst,

das 9-Euro-Ticket, welches zwischen Juni und August dieses Jahres galt, hat den öffentlichen Verkehr so präsent gemacht wie selten zuvor: Zunächst als Teil der Entlastung der Bevölkerung, speziell der Berufspendlerinnen und -pendler, angesichts der Folgen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine gedacht, stand zwischenzeitlich in der Berichterstattung eher der – eigentlich nicht intendierte – touristische Aspekt im Mittelpunkt. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Mitgliedsunternehmen bedeuteten das Ticket und der damit verbundene Ansturm, auf den sich die Unternehmen in der kurzen Zeit nicht angemessen vorbereiten konnten, eine enorme Belastung.

Mit insgesamt 52 Millionen verkauften Tickets (zuzüglich etwa zehn Millionen Abonnements von Bestandskundinnen und -kunden) zeigte das Produkt dennoch, dass Menschen den öffentlichen Verkehr sehr wohl schätzen und dass er ein noch größeres Potenzial hat, wenn seine Zugangshürden niedrig sind. Dabei spielt keineswegs allein der Preis, sondern auch die Einfachheit (hier: die bundesweite Gültigkeit) eine entscheidende Rolle.

Bereits vor dem finalen Beschluss zur Einführung des Tickets aber war klar, dass die Debatte um dieses besondere Tarifprodukt grundlegende Finanzierungsprobleme des öffentlichen, vor allem des gemeinwirtschaftlichen Verkehrs zu überlagern droht. So haben mofair und unsere Partnerverbände VDV, BSN, bdo und viele andere Experten davor gewarnt, dass nach der 9-Euro-Ticket-Euphorie in den Monaten Juni bis August, danach ab

Anfang September die strukturellen Probleme nur umso schonungsloser zutage treten werden.<sup>1</sup>

In dieser Sorge sehen wir uns nun leider voll bestätigt: Die Kosten zur Erbringung der Verkehrsangebote sind seit dem Kriegsbeginn nochmals beschleunigt und in enormer Höhe gestiegen. So sehen sich die Energieversorger gezwungen, ihre Preise in bis vor kurzen unvorstellbaren Größenordnungen zu erhöhen. Aber auch an anderen Stellen wird es für die Verkehrsunternehmen deutlich teurer: So steigen die Preise für Ersatzteile und Wartung der Fahrzeuge rasant, angeheizt ebenfalls durch die hohen Energiepreise, aber auch durch unterbrochene Lieferketten.

Für diese Kostensteigerungen haben die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs bislang keinerlei Unterstützung erhalten. Daher bitten wir um Verständnis, dass aus unserer Sicht die Debatte um ein Nachfolgeprodukt des 9-Euro-Tickets nicht die allererste Priorität genießen sollte, denn: Um auch nur die Chance auf ein Tarifangebot zu haben, das im Sinne des Klimaschutzes die Gewinnung und Bindung *zusätzlicher* Fahrgäste zum dauerhaften Ziel hat, muss wenigstens das bestehende Verkehrsangebot abgesichert werden.

Und das ist derzeit alles andere als gesichert: In allen Bundesländern, bei allen Aufgabenträgern im SPNV und auf kommunaler Ebene, sowie bei allen Verkehrsunternehmen werden zurzeit Einspar Szenarien gerechnet. Es geht dabei um *Angebotsreduktionen zwischen einem Fünftel und einem Drittel der bestehenden Leistungen*, je nachdem, wie sich die Krise weiterentwickelt. Dabei ist immer zu bedenken, dass Kürzungen und Kosteneinsparungen wegen der hohen Remanenzkosten nicht in einem linearen Verhältnis stehen. Relativ betrachtet, müsste die Angebotskürzung dann immer höher sein als der Einspar effekt werden kann. Um weiter unseren Auftrag für eine klimafreundliche Mobilität erfüllen zu können, wollen wir solche Schreckensszenarien auf jeden Fall verhindern.

Eine andere Möglichkeit neben Kosteneinsparungen sind theoretisch Einnahmenerhöhungen. So haben bereits viele Verkehrsverbände und auch der Deutschlandtarifverbund (Bahnregionalverkehr außerhalb von Verbänden) deutliche Preiserhöhungen angekündigt und in ihren Gremien beschlossen. Dabei zeichnet sich jedoch ab, dass Anpassungsraten um die 5 % nicht im Ansatz ausreichen werden, die gestiegenen Kosten auszugleichen.

---

<sup>1</sup> Siehe die einhellig warnenden Stellungnahmen aller Experten in einer Anhörung des Bundestagsverkehrsausschusses unter: [https://www.bundestag.de/ausschuesse/a15\\_verkehr/anhoerungen/891722-891722](https://www.bundestag.de/ausschuesse/a15_verkehr/anhoerungen/891722-891722).

Höhere Preisanpassungen von bis zu 25 % werden derzeit berechnet – wären aber klimapolitisch absolut kontraproduktiv und würden obendrein ihrerseits inflationssteigernd wirken.

Von daher unterstützen wir die Forderungen der Länder, speziell der Verkehrsministerkonferenz, nach einer deutlichen Aufstockung der Regionalisierungsmittel. Wir sind Ihnen, Herr Ministerpräsident, dankbar für Ihr klares Statement vom vergangenen Freitag nach *zusätzlichen drei Milliarden Euro an Regionalisierungsmitteln*.

Lassen Sie uns allerdings folgendes ergänzen: Es ist in einem föderalistischen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland verständlich und nachvollziehbar, dass die verschiedenen staatlichen Ebenen jeweils sehr kritisch prüfen, welche Aufgaben sie in welchem Umfang erfüllen und finanzieren müssen. Solches tut der Bund, solches tun die Länder, und jedes einzelne von ihnen.

Angesichts der Dramatik der Lage aber ist das Hin- und Herschieben der – auch und gerade finanziellen – Verantwortung kein gangbarer Weg. Die Lage der Branche ist existenzbedrohend, und eine akute Entlastung der Unternehmen zu drängend. In diesen Tagen haben die ersten mittelständischen Busunternehmen wegen der hohen Energiepreise bereits Insolvenz anmelden müssen. Die Lage der Eisenbahnverkehrsunternehmen ist kaum besser und droht sich rasant weiter zu verschlechtern.

Daher bitten wir Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern, im Zusammenspiel mit der Bundesregierung, eine schnelle Entlastungslösung für die Verkehrsunternehmen zu finden. Erst wenn dieses akute Problem geklärt ist, ergeben Überlegungen zu einem Nachfolgeprodukt zum 9-Euro-Ticket und zu einer mittelfristigen deutlichen Ausweitung des Angebots überhaupt Sinn. Sollte es eine solche Lösung nicht geben, wären Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen gezwungen, die Kürzungsszenarien auch umzusetzen. Abbestellungen von 20 % stehen dann unmittelbar bevor.

Die Mitglieder der Ministerpräsidentenkonferenz und der Verkehrsministerkonferenz, die Bundesminister für Finanzen, Digitales und Verkehr sowie die Fraktionen des deutschen Bundestages erhalten eine Kopie dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Tobias Heinemann  
Präsident



Jost Knebel  
Vizepräsident



Dr. Matthias Stoffregen  
Geschäftsführer